

## **PRESSEMITTEILUNG**

**ULI SCKERL MdL**

**28.11.2016**

### **Mehr kommunale Bürgerbeteiligung – die Reformen wirken!**

Die Grünen im Landtag freuen sich über das Lob von Mehr Demokratie e.V. Die landes- und bundesweite Demokratievereinigung hat den Reformen bei Bürgerbegehren und Bürgerabstimmungen auf kommunaler Ebene gute Noten gegeben. Der Landtagsabgeordnete Uli Sckerl sagte dazu: „Es gibt deutlich mehr Bürgerentscheide und – Begehren in den Kommunen als bisher. Zugleich zeigen mehr gültige Bürgerentscheide und eine deutliche Steigerung bei der Wahlbeteiligung, dass unsere Reformen der Gemeindeordnung von 2015 unmittelbar wirken. Baden-Württemberg hat dank grüner Initiative den letzten Platz im Vergleich der Bundesländer verlassen und sich unter die ersten 10 vorgearbeitet. Das Ziel unserer Reformen war und ist es, die Hürden für Bürgerbeteiligung zu senken und mehr Bürger\*innen Lust aufs Mitmachen zu machen“. Bis heute ist die Einbeziehung der Anfangsphase der Bauleitplanung in die Möglichkeit von Bürgerbegehren bei Bürgermeistern umstritten. Die Bilanz zeigt: Die Öffnung war richtig. Die Befürchtungen, wichtige Bauvorhaben und insbesondere Flüchtlingsunterkünfte könnten so blockiert werden, haben sich nicht bewahrheitet. Es gab im Land vier Bürgerentscheide über den Bau von Flüchtlingsunterkünften, die von den Gegnern deutlich verloren wurden. In Heddesheim kam ein Bürgerbegehren mangels Unterschriften gar nicht erst zustande. Das zeigt: Es wäre falsch, solche Themen auszuklammern. In Abstimmungen aber setzt sich offensichtlich die Besonnenheit unserer Bürger\*innen durch“. Die Beteiligung aller Akteure an der der Abstimmung vorausgehenden Bürgerinformationsbroschüre trägt gleichzeitig spürbar zur Konfliktentschärfung bei. Gleichzeitig gibt es laut Sckerl für Bürgerbegehren noch Luft nach oben: „Wir werden im Rahmen der vereinbarten Evaluation der Reform u.a. prüfen, ob Vorschriften, an denen derzeit 40% der Bürgerbegehren scheitern, noch bürgerfreundlicher gestaltet werden können“. Weiter bleibe die Ausdehnung von Bürgerbegehren auf Landkreise für die Grünen Thema, was wegen des Vetos der CDU nur aufgeschoben aber nicht beerdigt sei.